

- sind von sexualisierter Gewalt, häuslicher Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre und weiblicher Genitalverstümmelung bedroht
- sind von Zwangsheirat und/oder Kinderheirat bedroht
- sind von Menschenhandel zu sexuellen Zwecken und Zwangsprostitution bedroht
- [Kinder](#) sind von Zwangsrekrutierung, Menschenhandel und Zwangsarbeit bedroht.
- Personen [unterschiedlicher sexuellen Orientierungen und/oder Genderidentitäten](#) sind Diskriminierung, Gewalt und willkürlicher Verhaftung ausgesetzt bzw. werden Opfer von diesen Gewalttaten.

3 Jüngste Entwicklungen

3.1 Politische Lage

Breite Einflussnahme des Präsidenten Évariste Ndayishimiye und der Regierungspartei CNDD-FDD auf die Politik. Wahlen vom Mai 2020 von Gewalt überschattet. Der CNDD-FDD gewann die Wahlen, die Opposition hat das Ergebnis angefochten. Während des burundischen Bürgerkriegs (1993-2005) war der CNDD-FDD die wichtigste [Rebellenbewegung](#). Seit dem Gewinn der Wahlen im Jahr 2005 kontrolliert der CNDD-FDD das politische Leben in Burundi und wurde seit der Wiederwahl des Präsidenten Nkurunziza im Jahr 2015 sehr autoritär. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2020 wurde Évariste Ndayishimiye zum Gewinner erklärt und seine Partei, der CNDD-FDD, gewann die Parlaments- und Gemeinderatswahlen problemlos. Die Wahlkampagne wurden von [Gewalt](#) und Verhaftungen von Mitgliedern und Wahlkandidat*innen der Opposition überschattet. Die Meinungsäusserungsfreiheit wurde eingeschränkt. Während den Wahlen wurden von der katholischen Kirche von Burundi [viele Unregelmässigkeiten](#) festgestellt. Die wichtigste Oppositionspartei, der *Congrès national pour la liberté* (CNL), sprach von einer [«Wahlfarce»](#). Gervais Ndirakobuca, der im September 2022 auf Guillaume Bunyoni als Premierminister [folgte](#), war im Jahr 2015 Direktor des Geheimdienstes und spielte eine [zentrale Rolle bei den gewaltsamen Repressionen](#) in diesem Jahr.

3.2 Sicherheitslage

Rasterfahndung, Kontrolle der Zivilbevölkerung und Übergriffe durch die *Imbonerakure*. Straflosigkeit für ihre Mitglieder. Die *Imbonerakure*, die offiziell eine Jugendliga des CNDD-FDD sind, haben seit 2015 eine grosse Bedeutung im Repressionsapparat des burundischen Staates erhalten. Sie sind im ganzen Land präsent, und Mitglieder dieser Miliz richten auf den wichtigsten Strassen [Kontrollposten](#) ein. An jedem Ort geben sie Informationen über die Anwesenheit und Aktivitäten von tatsächlichen oder angenommenen politischen Gegner*innen an die Behörden und den CNDD-FDD weiter. Sie belästigen, [kontrollieren und schüchtern](#) die Bevölkerung ein und führen illegale Polizeieinsätze durch. Die Mitglieder agieren oft allein, aber auch an der Seite der Polizei, des Nationalen Geheimdienstes oder der lokalen Verwaltungen. Vor allem in ländlichen Gebieten vertreten und ersetzen sie regelmässig die Sicherheitskräfte. Die *Imbonerakure* sind Teil einer aktiven [Politik der Militarisierung](#) der Regierung.

Kampf gegen burundische Rebellengruppen. Übergriffe der Armee und der *Imbonerakure* auf dem Gebiet der Demokratischen Republik Kongo. [Verschlechterung der Sicherheitslage](#) nach August 2020 mit Zusammenstössen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppierungen, vor allem in den Grenzprovinzen zur Demokratischen Republik Kongo

(DRK). Im Jahr 2022 kämpften die *Imbonerakure* an der Seite der [burundischen Armee](#) bei Vorstössen in das Gebiet der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere um die in Süd-Kivu ansässige [Rebellengruppe RED-Tabara](#) zu bekämpfen. Diese Gruppe verübt [sporadisch Angriffe](#) auf burundischem Gebiet.

4 Menschenrechtsverletzungen

Gewalt und Missbrauch gegen Personen, die verdächtigt werden, Verbindungen zu den Rebellen zu haben. [Personen, die verdächtigt wurden, bewaffneten Gruppierungen anzugehören oder diese zu unterstützen](#), wurden von der Polizei oder den Geheimdiensten aussergerichtlich hingerichtet. Aus den Provinzen [Citiboke und Kayanza](#) gibt es Berichte über willkürliche Verhaftungen, Belästigungen und Folter von Personen, die verdächtigt werden, Verbindungen zu bewaffneten Oppositionsgruppen zu haben. Aus der [Provinz Bururi](#) wurde von systematischer Gewalt, Erpressung und zahlreichen Fällen von Folter in der Haft gegen diese Personen berichtet.

Politische Verfolgung und Zwangsrekrutierung in den CNDD-FDD. Politische Verfolgung und von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitete Angriffe sind [an der Tagesordnung](#). Sie werden hauptsächlich von *Imbonerakure*, lokalen Verwaltungsbeamt*innen, Polizeibeamt*innen und Beamt*innen des nationalen Geheimdienstes begangen. Hauptsächlich davon betroffen sind [Mitglieder der Oppositionsparteien](#), insbesondere der CNL, aber auch Menschenrechtsverteidiger*innen und alle, die der Regierung kritisch gegenüberstehen. Die *Imbonerakure* werden auch der [Zwangsrekrutierung](#) beschuldigt. Wer sich weigert, dem CNDD-FDD beizutreten, riskiert [willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen, Entführungen und Hinrichtungen](#). Auch Kinder werden von den *Imbonerakure* oder dem CNDD-FDD [zwangsrekrutiert](#) und ihre Rechte werden verletzt und es kommt zu sexueller Gewalt.

Unterdrückung der Medien und der Zivilgesellschaft. Journalist*innen werden bei ihren Rechercharbeiten [regelmässig eingeschüchert und unter anderem mit Gefängnisstrafen bedroht](#) und müssen Selbstzensur zu üben. Viele der Journalist*innen, die seit der politischen Krise im Jahr 2015 geflohen sind, befinden sich noch immer im Exil. Die wichtigsten Akteur*innen der Zivilgesellschaft werden [massiv unterdrückt](#). Von vielen Organisationen wurden die Bankkonten geschlossen und viele Menschenrechtsverteidiger*innen werden [in den Untergrund oder ins Exil](#) gedrängt. Die wenigen Organisationen, die noch arbeiten dürfen, werden von den Behörden sehr streng kontrolliert. Organisationen, die sich für LGBTQI+-Personen einsetzen, werden in ihrer Tätigkeit [vielfach behindert](#).

Feindseligkeiten gegenüber Rückkehrenden, ihre Sicherheit ist nicht gewährleistet. Im Jahr 2020 wurden [Rückkehrende von lokalen Verwaltungsbeamt*innen und Imbonerakure](#) angefeindet, die sie einschücherten, bedrohten und ihnen ihre Rückkehrerpakete abnahmen. Andere wurden Opfer von schweren Gewalttaten. Einige Rückkehrende, die in der Vergangenheit politisch aktiv gewesen waren, wurden [der Zusammenarbeit mit bewaffneten Gruppierungen beschuldigt, willkürlich festgenommen, inhaftiert und in Haft gefoltert](#). Infolgedessen verliessen einige Flüchtlinge, die nach Burundi zurückgekehrt waren, das Land im Jahr 2021 erneut. Burundische Flüchtlinge in Tansania werden [regelmässig Opfer von willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen](#), aber auch von Zwangsrückführungen.

Mangelnde Unabhängigkeit des Justizsystems. Das Justizsystem ist nicht unabhängig und nicht unparteiisch. Ausserdem ist es von Korruption durchsetzt. Es wird als [Instrument zur](#)

Unterdrückung der politischen Opposition und zur Knebelung und Zensur der Presse und von Menschenrechtsverteidiger*innen eingesetzt. Im Allgemeinen geniessen die Urheber von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere die *Imbonerakure*, fast völlige Straflosigkeit.

Es ist schwierig, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Zugang für Menschenrechtsverteidiger*innen und internationale Beobachter*innen sehr eingeschränkt. Es ist schwierig, die Menschenrechtslage zu dokumentieren, da die Behörden die Arbeit der Zivilgesellschaft und der Medien einschränken. Die Opfer haben Angst vor Vergeltungsmassnahmen. Die burundischen Behörden haben ihre Ablehnung gegenüber internationalen Mechanismen zur Dokumentation der Menschenrechte in Burundis innerstaatlichen Angelegenheiten öffentlich deutlich gemacht.

5 Praxis der Schweizer Behörden

Niedrige Anerkennungsrate. SEM-Zahlen für 2022 (Januar bis September): Anerkennungsquote: 9,1%. Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen): 27,3%. SEM-Zahlen für 2021 : Anerkennungsquote: 27,3%, Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen): 54,5%.